

---

## Hintergrund (Abteilung 2)

***Vorwurf: Die Zuckerlobbyisten trafen Christian Schmidt oder dessen Staatssekretäre und Beamten zu persönlichen Gesprächen. Allein von Juni 2015 bis Mai 2017 gab es mindestens 17 solcher Treffen.***

Der Journalist hat die Anzahl der Treffen der Antwort der Bundesregierung vom 21.06.2017 (BT-Drucksache 18/12791) auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 18/12463) entnommen.

Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretäre und Beamtete Staatssekretäre der Bundesministerien pflegen aufgabenbedingt Kontakte mit einer Vielzahl von Akteuren und führen kontinuierlich Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der von der Thematik betroffenen Verbände.

Der Großteil der genannten 17 Treffen fand vor dem Hintergrund der Reform der Zuckermarktpolitik statt: Nach sehr schwierigen Verhandlungen sind am 1. Oktober 2017 die wesentlichen Elemente der Zuckermarktordnung weggefallen, vor allem die Produktionsquoten für Zucker und Isoglucose und die Mindestpreise für Quotenrüben. Damit begann nach fast 50 Jahren eine neue Ära in der Zuckermarktpolitik. Auch der EU-Zuckersektor - wie die anderen Sektoren der Landwirtschaft – wurden in einen weitgehend freien Markt entlassen.

Der Wegfall zentraler Elemente der Zuckermarktordnung stellt vor allem die Erzeuger, aber auch die Verarbeiter vor große Herausforderungen. Deshalb gab es vor und nach der Zuckerreform erheblichen Gesprächsbedarf zwischen Politik und Wirtschaft.

**Im Rahmen der Termine wurde unter anderem auch die geplante Nationale Reduktionsstrategie thematisiert, da die Bundesregierung vom Deutschen Bundestag am 15. Juni 2015 beauftragt worden war, gemeinsam mit der Lebensmittelwirtschaft und dem Lebensmittelhandel eine nationale Strategie für die Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten zu erarbeiten.**

**Einbeziehung des \_\_\_\_\_ in den Prozess der Reduktionsstrategie:**

Auch

war bei den drei Runden Tischen und einem Arbeitsgruppentreffen während der Erarbeitungsphase des Konzepts im Jahr 2018 vertreten und hat im Rahmen der Verbändeanhörung Gelegenheit zur Stellungnahme bekommen. hat im September 2018 neben anderen Wirtschaftsverbänden die Grundsatzvereinbarung unterzeichnet und somit eine klare Zusage gegeben, die Nationale Strategie zu unterstützen. Das Ergebnis dieses Abstimmungsprozesses ist ein Strategiepapier, das breite Unterstützung findet, vom Kabinett am 19.12.2018 beschlossen wurde und auf den Internetseiten des BMEL transparent und überprüfbar zum Download zur Verfügung steht.

In Zukunft wird neben Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Länder sowie Verbänden aus den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Lebensmittelwirtschaft, Verbraucherschutz und Wissenschaft auch im Begleitgremium vertreten sein.



# Oliver Köhr

## Sender

**Mitteldeutscher Rundfunk**

## Fachgebiete

Bundespräsident (stellv. Ltg.), Bundestags-/ratspräsident (stellv. Ltg.), Kanzleramt (inkl. Kultur) (stellv. Ltg.), stellv. Chefredakteur, Moderator des "Bericht aus Berlin"

## Abschluss

Diplom (Politik, Journalistik)

Volontariat beim MDR

Redakteur und Moderator beim MDR Hörfunk

Planer und Chef vom Dienst bei MDR aktuell

**2008-2011** Studioleiter MDR Fernsehen im ARD-Hauptstadtstudio

**seit Januar** Korrespondent der Fernsehgemeinschaftsredaktion im

**2012** ARD-Hauptstadtstudio

**seit Januar** Stellvertretender Studioleiter und Chefredakteur Fernseh-

**2019** hen

**Brexit Sprechpunkte für Austritt GBRs ohne Abkommen****KERNBOTSCHAFTEN:****Brexit:**

- Sonder-ER am 25.11. hat **Austrittsabkommen** politisch indossiert.
- Darin werden die Vorgaben des Europäischen Rates aus den Leitlinien **vollumfänglich respektiert**.
- ER am 13.12. hat noch einmal klargestellt, dass **keine Neuverhandlungen** des Austrittsabkommens möglich sind.
- Britisches Unterhaus hat sich am 15. 01. 2018 **gegen** den vorgelegten Entwurf des Austrittsabkommens entschieden.

**Sprechpunkte**

- Ich **bedauere** das Ergebnis der Abstimmung. Sie macht Großbritannien mit Ablauf des 29. März zum **Drittland**.
- Die **Bundesregierung** hat sich in den vergangenen Monaten intensiv auf den Austritt Großbritanniens **vorbereitet** – für beide Szenarien (mit und ohne Abkommen) – die Vorbereitungen für den **zweiten Fall** werden wir **jetzt intensivieren**.
- Die **Land- und Ernährungswirtschaft** ist als **Exporteur** nach Großbritannien, aber auch als **Importeur** von Produkten aus oder über Großbritannien betroffen.
- Betroffen ist insbesondere auch die **Fischerei**, die bislang wichtige Fangmöglichkeiten in britischen Gewässern nutzt.

- Wir werden uns im EU-Rahmen, mit der Kommission und den anderen **Mitgliedstaaten**, um Antworten auf die jetzt entstehenden Probleme bemühen.
- Die britische Regierung muss nun **ihre Vorstellungen** formulieren, wie es weiter gehen soll.
- Wir sind bereit zu **helfen**, aber innerhalb der vom Europäischen Rat gesetzten Leitlinien. **Vorrang** hat der Zusammenhalt der EU-27.

# Feinstaub

**ANWURF: Wissenschaftler - unter anderem des Max-Planck-Instituts in Mainz - gestützt auch von Vertretern des Umweltbundesamtes, schätzen den Anteil der Landwirtschaft an der Entwicklung gefährlichen Feinstaubes auf 45%. Wie beurteilt das BMEL diesen Anteil?**

- Studie muss erst einmal fachlich bewertet werden
- keine voreiligen Schlüsse

*Hintergrund: Studie des Max-Planck-Instituts nicht vor, so dass nicht nachvollzogen werden kann, worauf sich die genannten 45 % beziehen.*

## Allgemein:

Deutschland hat sich dazu verpflichtet, die Ammoniakemissionen bis 2030 um 29 % auf Basis der Emissionen des Jahres 2005 zu reduzieren.

- Im zukünftigen Luftreinhalteprogramm werden wir darstellen, was wir nach heutigem Wissen dazu für erforderlich erachten.

## **Tod durch Emissionen in LWS:**

- Hypothese eines Direktzusammenhangs zwischen Todesfällen und Feinstauemissionen aus der Tierhaltung ist angesichts der komplexen atmosphärischen Wirkungsbeziehungen wissenschaftlich fragwürdig.
- Eine monokausale Schuldzuweisung auf die Tierhaltung abzuleiten, ist nicht haltbar.

# Tierwohl

**FR 321**

## **Die wichtigsten Botschaften:**

- Verbraucherinnen und Verbraucher möchten mehr darüber wissen, unter welchen **Bedingungen** unsere Nutztiere in den Betrieben gehalten werden.
- Sie möchten diese **Haltungsbedingungen erkennen** können, wenn sie Fleisch kaufen. Dies zeigen u.a. die Ergebnisse des BMEL-Ernährungsreports 2018. (86 Prozent) Gleichzeitig möchten unsere Landwirte ihr **Engagement für den Tierschutz** zeigen.
- Die Teilnahme am staatlichen Tierwohlkennzeichen erfolgt **freiwillig**. Das ermöglicht eine **schnelle Einführung**. Ansonsten würde eine europaweite Abstimmung erforderlich, die höchstwahrscheinlich nicht in dieser Legislaturperiode abzuschließen wäre.
- Auch das erfolgreiche Bio-Siegel ist ein freiwilliges Siegel: Niemand ist gezwungen, mitzumachen. Aber wer es nutzt, muss überprüfbar höhere Kriterien erfüllen. So können wir auch ein „Mehr an Tierwohl“ sichtbar machen und den Verbrauchern eine verlässliche Orientierung geben, wieviel Tierwohl in den Produkten steckt.

- Beim Tierwohlkennzeichen geht es um ein Kennzeichen von der Geburt bis zur Schlachtung - es zeigt nicht nur Haltungsbedingungen
- Die Kriterien wurden im Dezember von mir in einem Kreis aus Verbandsvertretern aus der Landwirtschaft, dem Tierschutz und dem Verbraucherschutz vorgestellt und am 8. Januar in diesem Kreis weiter erörtert. Es wurde ein weitgehender **Konsens** über die Kriterien für das staatliche Tierwohlkennzeichen erreicht.
- Es herrschte unter anderem Einigkeit über eine stärkere Buchtenstrukturierung, mehr Beschäftigung und Raufutter oder die **Verbesserung des Tierschutzes** bei der Schlachtung.
- Die Kriterien des staatlichen Tierwohlkennzeichens werden praktikabel für die Sauenhalter sein und ein **Mehr an Tierwohl** liefern



## Tierwohlkennzeichen

### Warum ein staatliches Tierwohlkennzeichen?

- Verbraucherinnen und Verbraucher fordern **mehr Information** über Haltung der Tiere.
- **Kennzeichnung der Produkte** dient der Transparenz, der Information und Orientierung.
- Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen sich ein unabhängiges staatliches Kennzeichen (81% laut BMEL-Ernährungsreport 2019)

### Wie kam das geplante Tierwohlkennzeichen zustande?

- **Kriterien des Tierwohlkennzeichens** wurden in einem breiten Beteiligungsprozess unter Einbeziehung und Abwägung der verschiedenen Interessen entwickelt.
- Anforderungen wurden nach **wissenschaftlichen Erkenntnissen** unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgestaltet.
- Tierwohlkennzeichen soll sich in erster Linie **am Markt finanzieren**.
- Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (**GAK**) werden **Investitionen für mehr Tierschutz unterstützt**.

## **Was sind die wesentlichen Eigenschaften des neuen Tierwohlkennzeichens?**

Wesentliche Eigenschaften des neuen Tierwohlkennzeichens sind insbesondere:

- ein nationaler Rechtsrahmen,
- eine freiwillige Teilnahme und
- Anforderungen, denen nicht Haltungssysteme, sondern ressourcen-, management- und insbesondere tierbezogene Kriterien zu Grunde liegen.
- Gesamter Lebenszyklus des Tieres, von der Geburt bis zur Schlachtung, wird einbezogen.

## **Wie sollen die Vermarktungschancen optimiert werden:**

Das staatliche Tierwohlkennzeichen wird drei Stufen haben, die alle über den gesetzlichen Standard hinausgehen:

- eine Eingangsstufe, die eine breite Beteiligung der Landwirte ermöglichen soll,
- eine zweite Stufe mit höheren Anforderungen insb. an Platz und Strukturierung und
- eine dritte Stufe mit sehr hohen Tierschutzanforderungen, wie Auslauf im Freien.

## **Bringt das Verbesserungen mit sich?**

Das dreistufige Kennzeichen beinhaltet sichtbare Verbesserungen. Dies sind unter anderem:

- Mehr Platz
- mehr Beschäftigung und Raufutter,
- stärkere Buchtenstrukturierung,
- keine betäubungslose Ferkelkastration,
- längere Säugephase,
- Einstieg in den Ausstieg vom Schwänzekupieren,
- Sicherstellung wirksamer Eigenkontrollen unter der Einbeziehung von Tierschutzindikatoren,
- Begrenzung der Transportdauer,
- System zur Ermittlung eines Tiergesundheitsindex,
- mehr Tierschutz bei der Schlachtung,
- regelmäßige Tierschutzfortbildung der Tierhalter,
- offene Tränken.

## Ferkelkastration

- **Tiere sind unsere Mitgeschöpfe. Wir müssen uns ohne Wenn und Aber für ihren Schutz einsetzen.**
- **Das sieht auch unser Tierschutzgesetz vor.**
- Ziel ist auch, dass es **Ferkelproduktion auch weiterhin in Deutschland** gibt.
- Daher sage ich ausdrücklich, ich hätte mir gewünscht, dass das Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration in der Praxis flächendeckend zum 01.01.2019 umgesetzt wäre.
- Nun müssen wir aber mit der Situation umgehen, wie sie ist und die nächsten zwei Jahre dafür nutzen, **dass zur Verfügung stehende praxistaugliche Möglichkeiten flächendeckend zur Anwendung kommen.**
- **Dabei werden wir unterstützen und diese Methoden auch weiterentwickeln.**
- **Ich werde deshalb eine Verordnung auf den Weg bringen, mit der wir es Landwirten ermöglichen, die Betäubung durchzuführen.**
- **Die Zulassung von Isofluran als Tierarzneimittel für Schweine war ein erster, wichtiger Schritt in Richtung dieser Verordnung.**
- **Isofluran steht damit flächendeckend zur Anwendung zur Verfügung.**
- Mit der Verordnung werden wir es ermöglichen, dass auch Landwirte und nicht nur Tierärzte dieses Mittel anwenden dürfen, wenn sie einen

sogenannten **Sachkundenachweis** erbringen, dass sie mit dem Betäubungsgerät und dem Medikament umgehen können.

- Dabei ist ganz klar: Wir vonseiten der **Politik** unterstützen, wo wir können. Was wir können, ist einen **Rahmen** zu **setzen**. Die **konkrete Ausgestaltung liegt dann in den Händen der Wirtschaft**, die die vorhandenen Alternativen zur betäubungslosen Ferkelkastration in die Praxis umsetzen muss.

# Vereinfachte Nährwertkennzeichnung

FR 215

## Die wichtigsten Botschaften:

- Wir wollen eine **verbraucherorientierte Lösung**, eine Lösung, die klar und verständlich ist
- Wir wollen **keinen europäischen Label-Dschungel** – deshalb sollte es eine europäische Lösung geben.
- Eine Nährwertkennzeichnung ist ein **vielschichtiges und komplexes Unterfangen** – Sorgfältigkeit und eine fundierte, wissenschaftliche Basis geht vor Schnelligkeit und pauschalen Ansätzen.

## Allgemein:

- Einige Lebensmittelproduzenten werden in den nächsten Wochen auch in Deutschland mit der Testung des aus Frankreich stammenden **Nutriscore-Modells** beginnen.
- Ich kann Ihnen sagen, dass wir uns natürlich auch bereits mit der Thematik **Nährwertkennzeichnung** beschäftigen und in den kom-

menden Monaten weiter intensiv beschäftigen werden – als ein weiterer Baustein einer **ganzheitlich ausgerichteten Ernährungspolitik**.

- Drei Grundaussagen sind mir dabei wichtig:
  - Erstens: In einem **europäischen Binnenmarkt**, in dem Lebensmittel über die Binnengrenzen hinweg gehandelt werden können, wäre eine **europäische Lösung die beste Lösung**. Das hilft auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die sich dann nur auf ein System einstellen müssen. Ich bin deshalb gespannt auf den angekündigten Bericht der EU-Kommission zu den verschiedenen Systemen, die derzeit in EU-Ländern getestet werden.
  - Zweitens werden wir –europäisch oder national - jede Entscheidung über ein System der vereinfachten Nährwertkennzeichnung an **wissenschaftsbasierten Kriterien** auszurichten haben. Die beiden aus meiner Sicht wichtigsten Kriterien kann ich Ihnen bereits nennen: **Verständlichkeit und Wirksamkeit**.
  - Drittens wird es deshalb nicht ohne wissenschaftliche Bewertung und unter **Einbeziehung aller relevanten Stakeholder** gehen. Ich möchte hier neben der Wissenschaft auch die Verbraucherschaft und die Lebensmittelindustrie, den Handel und die Überwachungsbehörden an einem Tisch haben. Wie verständlich ist die Kennzeichnung beim Verbraucher? Wird die angestrebte Wirkung erreicht? Ist das System umsetzbar? Das klären wir, denn nur so kann wissens- und faktenbasiertes politisches Handeln funktionieren.

- Das meinem Haus angegliederte **Max Rubner-Institut für Ernährungsforschung** ist bereits an der Arbeit und wir werden – sobald der Bericht der EU-Kommission vorliegt – mit der Arbeit unter Einbeziehung der Stakeholder auf nationaler Ebene beginnen.
- Nur - wir wissen eben auch, bestärkt durch die Erfahrungen, die wir im Rahmen der Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten gemacht haben, dass es **pauschale Lösungen** wie auch Allheilmittel nicht gibt.
- Weil es Wechselwirkungen gibt, Branchen unterschiedlich aufgestellt sind, wir auch die kleinen Handwerksbetriebe nicht vergessen dürfen.
- Und trotz dieser Besonderheiten: Ich will die Verbraucher dabei unterstützen, die **gesunde Wahl einfach treffen** zu können.
- Und ich werde dazu Baustein für Baustein angehen: die Reduktions- und Innovationsstrategie war der erste Baustein. Die vereinfachte Nährwertkennzeichnung und der Ausbau der Ernährungsforschung - **gerade in Richtung Kinder** - werden die beiden nächsten Bausteine sein.



# Glyphosatausstieg

FR 713

## Wie geht's weiter mit Glyphosat ?

- Ich habe bereits im April dieses Jahres das **Eckpunktepapier** zu einer Minderungsstrategie von Glyphosat vorgelegt.
- Die **Zielmarke** ist im Koalitionsvertrag klar gesetzt: Wir haben vereinbart, mit einer systematischen Minderung den Einsatz von Glyphosat und glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln deutlich einzuschränken.
- Das Ziel ist es, die Anwendung so **schnell wie möglich** grundsätzlich zu beenden.
- Den Entwurf haben wir in die Vorbereitung zur **Ressortabstimmung** mit dem BMU gegeben.
- Die Inhalte der neuen **Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung** in Vorbereitung der Ressortabstimmung diskutieren wir intensiv mit dem BMU.
- Jetzt ist es wichtig, zügig zu **gemeinsamen Ergebnissen** zu kommen und den Entwurf endlich in die **Ressortabstimmung** zu geben.
- Dies muss vor allem **rechtssicher** geschehen. Denn im Ziel sind wir uns mit dem BMU einig: der Minderung des Glyphosateinsatzes.
- Dabei hilft es auch nicht in der Sache, bereits geregelte Zuständigkeiten wieder einmal **in Frage zu stellen**.

- Bereits in den vergangenen Jahren wurde durch restriktive Vorgaben der Einsatz von Glyphosat deutlich **reduziert**.

## **Reaktiv:**

### Anstieg der Absatzmenge von Glyphosat im Inland im Jahr 2017:

- **Schwankungen** bei den Absatzmengen **kommen immer wieder vor**.
- Landwirte wenden Pflanzenschutzmittel **situationsbezogen** an.
- In besonders **nassen Jahren** ist das Pflügen schwieriger, das wäre eine Erklärung für den Anstieg im Jahr 2017.
- Außerdem kann man beobachten, dass bei Wirkstoffen, deren Genehmigung nicht erneuert wird, die Absatzzahlen steigen, denn es gibt eine **Aufbrauchfrist** für Anwender.
- 2017 war unklar, ob die Genehmigung für Glyphosat erneuert werden würde.

### Glyphosat und Biodiversität:

- Bei einem **Herbizid** zu vermuten, dass es die Nahrungskette und die **Biodiversität beeinflusst**, liegt nahe.
- Allerdings ist die **Wirkung von Glyphosat** so wenig nachhaltig wie die des Pflügens.
- Schließlich soll nach der Maßnahme auf dem Acker etwas **ausgesät werden und wachsen**.
- Glyphosat **darf** deshalb **gar nicht dauerhaft** wirken.
- Auch hier stehen wir in intensiven **Austausch** mit dem **BMU**.

## **Sprache Afrikanische Schweinepest/Polen**

### **FR 323**

- Die sich rasant und über große Distanzen hinweg ausbreitende Seuche ist sehr besorgniserregend.
- Die Sorge vor einer Einschleppung der ASP nach Deutschland wird von Bund und Ländern geteilt.
- Die Entwicklung in der EU in den letzten Monaten hat wieder gezeigt, dass die Seuche große Distanzen überwindet.
- Der Faktor Mensch spielt dabei eine entscheidende Rolle. Deutschland nimmt das aktuelle ASP-Geschehen zum Anlass, noch intensiver auf die strenge Einhaltung der notwendigen Biosicherheitsmaßnahmen und die Rolle des Menschen bei der Übertragung dieser wirtschaftlich bedeutenden Seuche aufmerksam zu machen.
- Personenkreise, die eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung der Seuche in der Wildschweinpopulation spielen, wie Fernfahrer, Jagdtouristen und Jäger, stehen dabei im Vordergrund.
- Die Meldung tot aufgefundener Wildschweine ist weiterhin unser wichtigstes Instrument für die frühzeitige Erkennung der Einschleppung der Seuche in die Wildpopulation.
- Entsprechende Appelle richten sich an die Jägerschaft sowie andere Berufsgruppen und Bevölkerungskreise mit Aktivitäten im Wald.

## GAP

- Ich setze mich ein für eine GAP, mit der Einkommensunterstützung **UND** ein zielgerichteter Beitrag zum Erhalt und zur Förderung der biologischen Vielfalt sowie zum Klima- und Ressourcenschutz erreicht werden kann.
- Dabei werden auch künftig die **freiwilligen** Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen in der 2. Säule eine wichtige Rolle spielen.
- Aber wir brauchen auch weiterhin eine wirksame **1. Säule**. Denn: Konventionelle wie ökologisch wirtschaftende Betriebe profitieren gleichermaßen von den Direktzahlungen.